

Pannen-AKW sollen nach zwei Jahren stillgelegt werden

Das AKW Beznau I ist seit zwei Jahren ausser Betrieb. Die Schweizerische Energienstiftung will es darum gleich ganz abschalten.

Kathrin Alder

Fünf Atomkraftwerke sollten derzeit die Schweiz mit Strom versorgen. Das älteste davon, Beznau I, steht aber seit März 2015 still. Der Grund sind Anomalien, die bereits bei der Herstellung entstanden sind - Aluminiumoxid im Stahl der Reaktordruckbehälter. Die Betreiberin Axpo hat umfangreiche Untersuchungen durchgeführt und im November 2016 bei der Atomaufsichtsbehörde Ensi den Nachweis eingereicht, dass das Kraftwerk sicher sei. Seither prüft das Ensi den Nachweis, die Wiederaufnahme des Betriebs wurde aber bereits mehrfach verschoben.

Die atomkritische Schweizerische Energienstiftung hält diese Situation für unbefriedigend: «Der lange Stillstand in Beznau schafft eine Vielzahl von Unsicherheiten», sagt Nils Epprecht, verantwortlich für die Themen Strom und Atom. «Wir fordern deshalb eine Regelung, die einem Werk, das zwei Jahre und mehr stillsteht, automatisch die Betriebsbewilligung entzieht. Der Betreiber kann dann eine Bewilligungserneuerung beantragen.» Frankreich etwa kenne ein solches Gesetz bereits. Epprecht betont, dass mit der Zwei-Jahres-Klausel viele Probleme behoben werden könnten. Zum einen das wirtschaftliche Dilemma, in dem die Betreiberin Axpo stecke. Eine Stilllegung führe augenblicklich

zu einem hohen Abschreiber. Die unbefristete Betriebsbewilligung verleite dazu, diesen unliebsamen Entscheid in die Zukunft zu schieben - sogar dann, wenn das Werk über lange Zeit still stehe. Durchbrechen könne man diesen Kreislauf nur, wenn die Betriebsbewilligung in einem Werk mit anhaltenden Unklarheiten bei der Sicherheit ablaufen könne. Zum anderen gehe mit einem langen Stillstand viel Know-how verloren. Stehe ein Werk zwei Jahre und länger still, ohne dass es eine Planung für die definitive Stilllegung gebe, riskiere das betroffene Werk, dass Fachkräfte die Organisation aufgrund mangelnder Perspektive verlassen, sagt Epprecht.

FDP-Nationalrat und Energiepolitiker Christian Wasserfallen hält nichts von diesem Vorschlag. Er ist im Gegenteil überzeugt, dass eine Zwei-Jahres-Klausel die Versorgungssicherheit schwäche. «Eine solche Regelung würde ausserdem zu Milliarden an Schadenersatz führen», ist Wasserfallen überzeugt. Dabei habe sich das Volk gegen eine Laufzeitbeschränkung ausgesprochen.

Anderer Meinung ist der grünliberale Nationalrat Beat Flach. Er unterstützt die Zwei-Jahres-Klausel voll und ganz und will im Parlament bald einen entsprechenden Vorstoss einreichen. «Im Moment driften beim Betrieb von Kernkraftwerken wirtschaftliche Interessen und Versorgungsinteressen auseinander», sagt er. Dies führe zu einer Abkehr vom Grundsatz «safety first». Um den sicheren Betrieb garantieren zu können, brauche es vor allem Planungssicherheit. Diese könne die Zwei-Jahres-Klausel garantieren.



Kämpft mit Problemen: AKW Beznau. (Döttingen, 3. Juni 2011)



Anspruchsvoller Beruf: Eine Lehrerin bringt ihren Erstklässlern spielerisch das Zählen bei. (Suhr, 25. September 2014)

Lehrerverband fordert mehr Unterstützung für Einsteiger

Mentoren könnten verhindern, dass Lehrer früh ausbrennen

Jeder fünfte Junglehrer gibt in den ersten Berufsjahren auf. Darum möchte der Lehrerverband eine bessere Begleitung in der Startphase sowie mehr Weiterbildung.

René Donzé

Rund 3500 neue Kindergarten-, Primar- und Sekundarlehrer haben letztes Jahr ihr Diplom erhalten. Doch nicht alle werden lange vor einer Klasse stehen; etwa 700 steigen gar nicht in den Beruf ein oder bald wieder aus. Laut Bildungsbericht 2014 waren 17 Prozent der Absolventen fünf Jahre nach Abschluss der Ausbildung nicht mehr als Lehrer tätig, der Lehrerverband Schweiz rechnet mit 20 bis 30 Prozent.

Es verschiedene Gründe dafür, dass Junglehrer dem Schulzimmer den Rücken kehren: Weiterbildungen, Reisen, Familiengründung können eine Rolle spielen. «Viele Junglehrer sind aber auch überfordert», sagt Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Lehrerverbands. Von einem Tag auf den anderen müssen sie Verantwortung, müssen sich mit zum Teil schwierigen Schülern auseinandersetzen und sich in manchmal schwierigen Gesprächen mit älteren und erfahrenen Eltern durchsetzen.

«Hier fehlt es oft an professioneller Unterstützung», sagt er.

Darum fordert der Lehrerverband nun Massnahmen: Alle Kantone sollten eine professionelle schulinterne Begleitung der Junglehrer sicherstellen. «Es genügt nicht, wenn sie von Kollegen im Göttssystem betreut werden», sagt Brühlmann. Mentoren müssten gut ausgebildet und entschädigt werden. Für die Junglehrer will der Verband eine Weiterbildungspflicht mit klarer Struktur. Noch besser wäre statt des Bachelors eine Masterausbildung für Primarlehrer, da der Beruf immer anspruchsvoller werde. Darin hätte auch eine begleitete Berufseinführung Platz.

Bern ergreift Massnahmen

Bei den Kantonen stösst der Ruf nach nationalen Standards auf Ablehnung. «Der Berufseinstieg ist für die Lehrpersonen eine absolute entscheidende Phase», sagt zwar der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss (svp.). Aber: «Mit seinen Forderungen schießt der Lehrerverband über das Ziel hinaus.» Es brauche weder Normierungen noch Obligationen.

Auch die Zürcher Regierungsrätin und Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, Silvia Steiner (cvp.) betont den Föderalismus: «Die Frage der Steigerung

der Attraktivität des Lehrerberufs ist eine wichtige Aufgabe der Kantone und ihrer pädagogischen Hochschulen.» In der Erziehungsdirektorenkonferenz gebe es keine Bestrebungen, den Umfang der Ausbildung zu erhöhen.

Anders bei den Pädagogischen Hochschulen (PH): Diese diskutieren über eine Verlängerung des Primarlehrerstudiums und die Einführung des Masters. Auch der berufsbegleitende Master ist ein Thema. Im Herbst soll ein entsprechendes Strategiepapier vorgestellt werden: «Die Anforderungen an die Schule nehmen zu, dem müssen wir Rechnung tragen», sagte Hans-Rudolf Schärer, Präsident der pädagogischen Kammer des Rektorenverbandes Swisuniversities, im März.

Unabhängig davon ergreifen einzelne Kantone jetzt schon Massnahmen, um den Lehrerinnen den Berufseinstieg zu erleichtern. So werden im Kanton Bern ab dem neuen Schuljahr jene Lehrer entlastet, die sich als Mentoren ihrer jungen Berufskollegen annehmen. Pro Mentorat gibt es eine Gutschrift von drei Stellenprozenten. «Damit wird die Wichtigkeit dieser Arbeit auch anerkannt», sagt Urs Gfeller von der Pädagogischen Hochschule Bern. Die Betreuung dauert maximal zwei Semester und soll von

einer erfahrenen Lehrperson der gleichen Stufe und im gleichen Schulhaus übernommen werden. Auch der Kanton Zürich setzt sogenannte Fachbegleiter ein, die entschädigt werden. «Das sind gute Beispiele», sagt Brühlmann. Andere Kantone behandelten diese Frage indes stiefmütterlich.

Keine Bevormundung

Grosse Unterschiede gibt es auch betreffend Weiterbildung der Junglehrer zu Themen wie Elternarbeit, Klassenführung, Beurteilung von Schülern. In Zürich sind Kurse während der ersten Berufsjahre Pflicht. In Bern sind sie freiwillig. «Wir wollen die Lehrpersonen nicht bevormunden», sagt Gfeller von der PH Bern. «Sie müssen selber die Einsicht haben, dass sie sich weiterbilden sollten.» Bereits im Studium werde die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens betont.

Diese Freiwilligkeit genügt nicht, sagt Brühlmann vom Lehrerverband: «Es braucht einheitliche professionelle Standards.» Nur diese führten zu einer nationalen Anerkennung der Weiterbildungen. Und nur so könnten auch jene erreicht werden, die durch die Maschen fallen, weil sie schon beim Berufseinstieg ausbrennen. «Jede Lehrperson, die aufgibt, ist eine zu viel», sagt er.

Sechseläutenplatz: Neuer Vorschlag

Eine Volksinitiative sieht weniger Anlässe auf dem Zürcher Vorzeigepplatz vor. Die Kommission des Parlaments ist gegen die Beschränkung.

Francesco Benini

In den Streit um die Belegung des Sechseläutenplatzes gewinnt die Idee an Zuspruch, dass sich nur wenig ändern soll. Die Mehrheit der zuständigen Kommission des Zürcher Stadtparlaments tendiert dazu, die Bestimmungen nicht zu verschärfen und die Regelung in einer Volksabstimmung der res-

triktiven Forderung einer Initiative gegenüberzustellen.

Der 16 000 Quadratmeter grosse Platz im Zentrum Zürichs darf gemäss der heute gültigen Regelung des Stadtrats an 185 Tagen im Jahr belegt sein, 125 davon im Sommerhalbjahr. Weil 2014 nach der Sanierung des Platzes diese Regelung missachtet wurde - der Platz war zu oft belegt -, sammelten Initianten Unterschriften: an 300 Tagen sollte der Platz frei sein, lautet ihre Forderung. Damit wären nicht mehr alle Anlässe möglich, die der Stadtrat neben einmaligen Veranstaltungen er-

lauben will: das Gastspiel des Zirkus Knie, die Street Parade, das Gastspiel eines Zirkus im Herbst, das Zürcher Filmfestival sowie ein Weihnachtsmarkt.

Der Stadtrat formulierte einen Gegenvorschlag: Statt an 185 sollte der Platz noch an 125 Tagen belegt werden dürfen, wobei eine nicht vollständige Belegung wie während des Filmfestivals als halber Tag gewertet würde.

Überraschenderweise setzt sich in der Kommission des Gemeinderats die Meinung durch, dass dieser Vorschlag zu weit gehe. Es genüge, wenn der Platz

an 180 Tagen unbelegt sei, wobei eine saisonale Restriktion vorgesehen ist: Nur ein Viertel der Belegungstage sollen zwischen Juni und September liegen. Damit wäre gewährleistet, dass sich die Bewohner Zürichs im Sommer auf dem Platz treffen können; andererseits wäre das Gastspiel des Zirkus Knie nicht gefährdet, dessen Zürcher Vorstellungen vor allem im Mai angesetzt sind. Die Kommission findet, dass sich das Belegungskonzept des Stadtrats nach den Übertreibungen im Jahr 2014 bewährt hat. Es soll in ein Gesetz gegossen werden.

Wortkontrolle

► **Berufsbildung, die**

Praktische Vorbereitung der Jugend (► unsere Zukunft) auf die hohen Anforderungen der Berufswelt (► unser Wohlstand). Gilt als Wundermittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit (► chillen). Im Gegensatz zur akademischen Bildung (► Elfenbeinturm) orientiert sich die B. an der wirtschaftlichen Realität (► Grossraumbüro) und am beruflichen Alltag (► Kaffeeholen). Beliebt ist die B. in der

Wirtschaft (► Nachwuchsförderung) und der Politik (► Erfolgsrezept). International besichert sie der Schweiz einen Ruf als Vorzeigeneration (► Exportschlagger). Dieser Glanz überträgt sich auf den Schweizer Wirtschafts- und Bildungsminister (Schneider-Ammann, Johann), bringt ihm Bewunderung von berufener Seite (► Trump, Ivanka) und die Aussicht auf schöne Gegenbesuche (► Beziehungspflege).